

## Wieso werden die Netze „verstopft“?

Gerade rechtzeitig zur 2. Meiner Energiekonferenz der LINKE-Landtagsfraktion - sie fand nach Redaktionsschluss am 10. Dezember statt - ist die Broschüre „Windenergie in Thüringen. Die wichtigsten Fakten zum Ausbau der Windkraft in Thüringen“, die unter Federführung des Abgeordneten Steffen Harzer entstanden ist, erschienen.

Sie gibt Antworten auf Fragen, die sich immer wieder stellen. Zum Beispiel, warum in Thüringen die Strompreise höher sind als in anderen Bundesländern, wieso erneuerbare Energien angeblich die Netze „verstopfen“ und ob das Erneuerbare-Energien-Ge-



setz ein Gesetz für die Großindustrie ist. Zudem ist Genauerer über „Vorranggebiete und Einzelfallprüfung zum Windpark“, über den Infraschall, den Windkraftanlagen erzeugen, und was für den Wald- und Vogelschutz zu berücksichtigen ist.

Die Broschüre kann über die Fraktion bezogen werden.

# Oftmals wollen die Petenten die öffentliche Beratung

Wie die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung bei Eingaben an den Thüringer Landtag erweitert werden können, war Thema einer Fachkonferenz „Petitionen“, zu der die Fraktion DIE LINKE und insbesondere ihre Abgeordneten Anja Müller, Dr. Iris Martin-Gehl und Ronald Hande nach Erfurt eingeladen hatten.

Schon die Überschrift zu der am 29. November im Landtag stattgefundenen Veranstaltung hatte neugierig gemacht: „Zwischen Straßenausbaubeiträgen, GEZ und unbegleiteten Freigängen der Strafgefangenen - Petitionen im Thüringer Landtag - Chancen und Risiken einer aktiven Bürgerbeteiligung“. Rund 30 Gäste aus anderen Landtagen, dem Deutschen Bundestag sowie einige Petenten waren der Einladung gefolgt.

## „Eine Art Kontrolle durch die Öffentlichkeit“

Vor dem Hintergrund der Entwicklung zu mehr direkter Demokratie, bei der sich das rot-rot-grüne Thüringen mit dem neuen Beteiligungsgesetz auf kommunaler Ebene bundesweit an die Spitze gesetzt hat, warb Landtagsvizepräsidentin Margit Jung (LINKE) zu Beginn der Veranstaltung für die Öffentlichkeit der Ausschussberatungen und ein transparentes, nachvollziehbares und handhabbares Petitionsrecht.

Anja Müller, die Sprecherin für Petitionen und Bürgerbeteiligung der Linksfraktion, begrüßte die Erfahrungen aus dem Bayerischen Landtag, die Ministerialrat Dr. Klaus Unterpaul dargelegt hatte. Dort sind Ausschusssitzungen, auch natürlich die des Ausschusses für Eingaben und



Podiumsdiskussion zur Fachkonferenz „Petitionen“. Im Foto (v.l.) die Sprecherin für Petitionen und Bürgerbeteiligung der Linksfraktion, Anja Müller, das Mitglied des Landesvorstandes von Mehr Demokratie in Thüringen e.V., Knuth Schurtzmann, und die LINKE-Abgeordnete Dr. Iris Martin-Gehl.

Foto: Peter Lahn

Beschwerden, grundsätzlich öffentlich. Dies sei „eine Art Kontrolle durch die Öffentlichkeit“, und der Landtag werde „vermehrt als offenes Haus wahrgenommen“. Oftmals wollten die Petenten dezidiert die öffentliche Beratung ihrer Eingabe.

Dabei müsse natürlich auch der Schutz sensibler Daten gewährleistet werden. Dr. Lutz Hasse, Thüringer Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, machte mit Blick auf die Thüringer Verfassung, in der die Nichtöffentlichkeit der Ausschusssitzungen geregelt ist, auf die Zulässigkeit von Ausnahmen aufmerksam. So könnten z.B. für den Petitionsausschuss andere Regelungen getroffen werden.

## Petitionsrecht überarbeiten

Im zweiten Teil der Fachtagung ging es um die Frage der Onlineplattformen für Petitionen. Dabei verglichen Ronald Hande und Jörg Mitzlaff

(openPetition gGmbH) zeitgleich die jeweiligen Plattformen des Thüringer Landtages und von openPetition, um deren Chancen, aber auch Defizite herauszufinden.

Auf die Frage, welche politischen Schlussfolgerungen die Linksfraktion aus dieser Veranstaltung zieht, fasste Anja Müller für den Parlamentsreport zusammen: „Wir werden weiter und noch intensiver für eine Öffnung der Ausschüsse für die Öffentlichkeit plädieren und werben. Wir wollen eine Überarbeitung des Thüringer Petitionsrechts gemeinsam mit den Koalitionspartnern SPD und Bündnis 90/Grüne auf den Weg bringen. Zudem wäre eine Neugestaltung der Thüringer Petitionsplattform zur nutzerfreundlicheren Veröffentlichung und Mitzeichnung von Petitionen wichtig. Und wir fassen Kooperationsmöglichkeiten mit der Plattform „openPetition“ unter der Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen ins Auge.“

## FRAKTION IN AKTION

### Foren zur Reform

Mit einer Gesprächsrunde in Bad Salzungen hat die Linksfraktion den Auftakt gegeben für eine Veranstaltungsreihe, um konkret über die im Vorschaltgesetz zur Durchführung der Gebietsreform in Thüringen festgeschriebenen Handlungsmöglichkeiten der kommunalen Gebietskörperschaften zu informieren und zu diskutieren. Bei dem Forum am 13. Dezember mit dem kommunalpolitischen Sprecher Frank Kuschel ging es auch um die möglichen Auswirkungen auf den Wartburgkreis und seine Städte und Gemeinden.

Die nächste Diskussion im Rahmen der Veranstaltungsreihe der Linksfraktion findet am Donnerstag, den 12. Januar, in Saalfeld statt. Genauere Informationen dazu demnächst auf der Internetseite der Linksfraktion: [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

### Beteiligung gesichert

„Die bevorstehende Funktional- und Verwaltungsreform in Thüringen stellt einen umfassenden Veränderungsprozess dar, der nur erfolgreich sein kann, wenn er von engagierten, verantwortungsvollen und qualifizierten Bediensteten sowie von den Gewerkschaften und Interessenvertretungen der Beschäftigten aktiv und konstruktiv mitgetragen wird. Das haben die Spitzenorganisationen im Anhörungsverfahren und an anderen Stellen deutlich gemacht“, so Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion.

Mit einem Änderungsantrag zum jetzt vom Landtag beschlossenen Thüringer Gesetz über die Grundsätze von Funktional- und Verwaltungsreformen (ThürGVFG) haben die rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen diesen Hinweisen der Spitzenorganisa-



Bereits im Januar hatte die Linksfraktion zu einer Veranstaltung für ein modernes, zukunftsorientiertes Personalvertretungsrecht in den Thüringer Landtag eingeladen und war damit auf große Resonanz gestoßen.

tionen und der Berufsverbände entsprochen und deren Beteiligung in den Gesetzentwurf aufgenommen.

Der Grundsatz der frühen und umfassenden Beteiligung sichert unter Beachtung der finanzpolitischen Rahmenbedingungen und der politischen Prioritätensetzungen die Einbeziehung der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und Berufsverbände bei anstehenden Funktional- und Ver-

waltungsreformen. „Die Aufnahme dieser Zusicherung in den Gesetzentwurf macht deutlich, welchen Stellenwert Koalition und Landesregierung in Thüringen den Gewerkschaften und Beschäftigtenvertretungen zumessen. Ich bin zuversichtlich, dass wir damit auch die Akzeptanz der Beschäftigten für die notwendigen Reformen erhöhen“, sagte Rainer Kräuter.